

STREIT&STRUNTZ

RAUM FÜR DENKANSTÖSSE ZU KOMMUNALEN KONFLIKTEN

AUSGABE NR. 44, JANUAR 2025

Amplifying Voices - Empowerment und Powersharing in Kommunen

Liebe*r Leser*in von Streit&Struntz,

*Bei der demokratischen Aushandlung von kommunalen Themen sollten möglichst alle Personen und Gruppen in einer Kommune einbezogen werden, die dieses Thema betrifft. Gerade für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen gilt das jedoch nicht oder nur eingeschränkt. Sie haben den Eindruck, oft nicht ausreichend ernst genommen zu werden und es gibt nur unzureichende Zugänge zu politischen Mandatsträger*innen und demokratischen Gremien und Institutionen.*

Aber wie kann sich das ändern? Wie können die Perspektiven, Ideen und Interessen von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen besser in kommunalen, demokratischen Prozessen berücksichtigt werden? Darum geht es in der nächsten Ausgabe von Streit&Struntz, die am 27.01.2025 von 16:00 bis 17:00 Uhr stattfinden wird. Den Impulstext zur Ausgabe haben Marjam Kashefipour und Elisabeth Yupanqui Werner von adis e.V. verfasst. Sie werden ihre Ausführungen in einem kurzen Input während der Ausgabe vertiefen. Im Anschluss wird Thimna Bunte, Fachberaterin am K3B, diesen Input und den Impulstext aus der Perspektive der Kommunalen Konfliktberatung einordnen.

Hintergrund: Projekt „Amplifying Voices“

Amplifying Voices heißt übersetzt die Verstärkung von Stimmen. In kommunalen Aushandlungsprozessen bleiben die Stimmen und Perspektiven von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen oft ungehört und unsichtbar – sie bekommen kaum Raum, kaum Resonanz und selten ein Mikrofon. Das Projekt Amplifying Voices hat sich damit beschäftigt, welche wichtige Rolle Empowerment und Powersharing bei der Verstärkung von Stimmen spielen und wie es gelingen kann, dass diese Stimmen von Kommunen nicht nur gehört werden, sondern auch struktureller Lärm von Diskriminierung abklingt. Das Projekt war

horizontal aufgestellt, d.h. es hat merkmalsübergreifend unterschiedliche Diskriminierungserfahrungen (Rassismus, Ableismus, Cis-Heteronormativität, u.a.) und/oder deren Verschränkungen (Intersektionalität) thematisiert. Amplifying Voices wurde als Modellprojekt fünf Jahre vom Bundesprogramm Demokratie leben! im Bereich Demokratieförderung gefördert und von einem intersektionalen Team aus Menschen mit eigenen Diskriminierungserfahrungen durchgeführt, die bei adis e.V. (www.adis-ev.de) arbeiten.

Ausgangslage: Amplifying Voices

Im Rahmen von Antidiskriminierungs- und

Empowermentarbeit treffen wir häufig auf folgendes Phänomen: Gut vernetzte aktive Jugendliche und Erwachsene mit Diskriminierungserfahrungen wollen ihre Perspektive in demokratische Prozesse einbringen. Aus meist nicht artikulierten Gründen wird dieser Schritt nicht gegangen. Das Vorhaben wird fallen gelassen und die Personen ziehen sich zurück. Tatsächlich bringen marginalisierte Jugendliche und Erwachsene viel Wissen und Ressourcen mit. Sie sehen sich allerdings immer wieder mit vielfältigen Hindernissen konfrontiert, wenn sie an demokratischen Prozessen partizipieren wollen - unabhängig davon wie sehr der Wille dazu vorhanden ist (z.B. fehlendes Wissen über Rechte und demokratische Strukturen; alternative Artikulationsmöglichkeiten der eigenen Anliegen; Isolation aufgrund von Ausschlussmechanismen; geringes Selbstwertgefühl und Resignation aufgrund erlebter Gewalt und Demütigungen; Misstrauen oder Resignation aufgrund negativer Erfahrungen in „Pseudo-partizipationsprozessen“, z.B. Erfahrungen der Instrumentalisierung, Reduktion oder Entmündigung).

Gleichzeitig erleben wir in der Fachberatung kommunaler Prozesse und aus den Projekterfahrungen mit Kommunen, dass an kommunalen Beteiligungsformaten kaum marginalisierte Jugendliche und Erwachsene partizipieren. Von kommunaler Seite wird nicht selten z.B. von „Problemjugendlichen“ oder „Parallelwelten“ gesprochen, die sich nicht beteiligen wollen und/oder nicht erreicht werden. Wenn es zu einer Partizipation kommt, sind viele Kommunen mit den Kommunikations- und den Handlungsstrategien der Jugendlichen und Erwachsenen mit Diskriminierungserfahrungen überfordert.

Empowerment

Wir gehen davon aus, dass Empowermentprozesse von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen eine Grundlage bieten für politische Beteiligung in Kommunen. In Empowermenträumen und -gruppen tauschen sich Menschen mit Diskriminierungserfahrungen aus befähigen sich selbst und gegenseitig, ihre eigene Stimme zu finden und hörbar zu machen sowie ihre politischen Bedürfnisse und Rechte wahrzunehmen. Dies sind Räume, in denen „ihre Stimme“ und ihre Geschichten wertgeschätzt und sie als Individuen gestärkt werden. Die spezifischen Lebenslagen, Erfahrungen und Bedürfnisse können dort zur Sprache gebracht werden. Es sind unseres Erachtens Empowerment-Räume für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen, die dringend notwendig sind und die Basis dafür bilden,

- die eigene Menschenwürde als Recht zu erkennen.
- Vertrauen gegenüber der Gesamtgesellschaft (wieder-)herzustellen und sich als selbstverständlichen Teil dieser Gesellschaft zu verstehen
- fähig zu werden, sich ausdrücken und eigene Visionen von gesellschaftlichem Zusammenleben zu formulieren und sich damit einzumischen
- die eigene Geschichte zu verstehen, sich diese anzueignen und dadurch Impulse zur gesellschaftlichen Veränderung zu geben
- für die eigenen und andere politische Rechte einzutreten und aktiv zu werden
- neue Handlungsmöglichkeiten zu erkennen und Strategien der Veränderung zu entwickeln und umzusetzen
- für die Möglichkeiten zur Teilhabe und Zusammenarbeit mit anderen politischen Akteur*innen

- Solidarität zu erleben
- zur Aufklärung und zum Abbau von Ungleichheit und Vorurteilen

Wir definieren Empowerment als individuelle und kollektive Selbstermächtigung von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen. Wir verstehen Empowerment in der Tradition der Kämpfe von marginalisierten Gruppen um Selbstermächtigung, politische Rechte, Zugang zu Ressourcen u. a. Empowerment ist ein Modebegriff, der momentan inflationär gebraucht wird (zum Beispiel auch für Angebote, bei denen die Selbstoptimierung oder Leistungssteigerung im Vordergrund steht). Davon grenzen wir uns ab.

Empowermenträume sind Räume für und von Menschen mit eigener Diskriminierungserfahrungen. Empowerment ist ein Prozess und kann für jede Person etwas anderes bedeuten. Es gibt sehr unterschiedliche Empowermenträume: Kunst- und Körperausdruck, Biographiearbeit, Communityarbeit, politischer Aktivismus uvm.

Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten...

... gibt einmal im Monat einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum: Mit einem schriftlichen Impuls meist am Anfang des Monats und an einem der folgenden Montage (16.00-17.00 Uhr) in einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird.

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen der Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

Powersharing

Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass es in Kommunen und kommunalen Einrichtungen Prozesse des Powersharing braucht.

Wir erachten Qualifizierungen und Lernräume zu Antidiskriminierung, Empowerment und Powersharing als notwendig, um

- diskriminierende Strukturen zuerkennen
- eigene Privilegien kritisch zu reflektieren
- Wirklich zuhören zu lernen von Lebensrealitäten, die nicht die eigenen sind
- die Sicherheit das eigene Wissens in Frage zu stellen und zu erweitern
- Anliegen nicht nur wahrzunehmen, wenn sie zur eigenen Agenda passen
- ein neues Verständnis von Beteiligung zu entwickeln, dass die Ausdrucksweisen und Formate von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen wahrnimmt und anerkennt
- Beteiligungsformate zu entwickeln, die heterogene Lebenswelten in den Blick nehmen
- Beteiligungsformate zu entwickeln, die unterschiedliche Gremienerfahrungen mit einbeziehen
- marginalisierte Stimmen ins Zentrum zu rücken
- Schutz- und Gewaltkonzepte für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen, die sich kommunal beteiligen, gemeinsam zu entwickeln („visibility without protection is a trap“)
- eine faire Vergütung für Empowerment Multiplikator_innen zu etablieren (Empowermentarbeit ist „Arbeit“ für die Gemeinschaft und wird oft gar nicht oder unterbezahlt)

Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass Kommunen durch Diskriminierungskritische Organisationsentwicklung und Supervision begleitet werden sollten, um neue Angebote und Beteiligungsformen prozesshaft zu entwickeln und nachhaltige, diskriminierungsärmere Strukturen in Kommunen zu schaffen. Oft spielen Mitarbeitende mit eigenen Diskriminierungserfahrungen in Kommunen eine Schlüsselrolle. Unsere Erfahrungen in der Projektlaufzeit war, dass diese Personen bei Veränderungsprozessen vor besonders großen Herausforderungen stehen und viel Gegenwind bekommen. Empowermenträume für kommunale Mitarbeitende können unterstützend sein. Voraussetzung für alle diese Prozesse sind Zeit und Ressourcen, die Kommunen investieren. Dabei gibt es keine schnellen und übertragbaren Lösungen. Diversity is not nice to have: Die Etablierung von nachhaltigen diskriminierungskritischen

Strukturen ist anstrengend, kostet Geld und braucht Zeit.

Unter dem Begriff Powersharing werden Konzepte diskutiert, wie Menschen in privilegierten Positionen sich in einer diskriminierungskritischen Perspektive mit ihrer jeweiligen Position auseinandersetzen. Dabei gibt es bisher noch kein konkret entwickeltes Konzept. Wir unterscheiden unterschiedliche Strategien des Powersharing: Macht einsetzen, Macht teilen und die Verschiebung von Macht.

Mit diesem Impulstext sowie der zugehörigen Online-Diskussion am 27. Januar von 16-17 Uhr möchten wir gerne mit Ihnen und Euch ins Gespräch kommen. Wir laden Sie und Euch ganz herzlich ein, eigene Fragen zu stellen, zu kommentieren und mitzudiskutieren.

Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich mit einem Klick auf den Button im Newsletter oder per E-Mail an streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de zum Online-Gespräch an. Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

... bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.

Weitere Informationen: www.k3b-saw.de



Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Kofinanziert von der
Europäischen Union

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Landespräventionsrat
Thüringen



Bündnis für Brandenburg
...weil es um Menschen geht!

Gefördert mit Mitteln des Bündnisses für Brandenburg

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Gefördert durch

WELTOFFENES
SACHSEN

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT

Freistaat
SACHSEN



SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



#WIRSINDDASLAND
DEMOKRATIE. VIELFALT. WELTOFFENHEIT.
IN SACHSEN-ANHALT

Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ oder "K3B" an.

Spendenkonto:

Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V

IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19

BIC: NOLADE21SAW

Sparkasse Altmark West

Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.

K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.
Breite Straße 34, 29410 Salzwedel

03901-3089136

streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de

www.k3b-saw.de